KREIS UNNA
DER LANDRAT

19.09.2014 **Niederschrift 001/2014**

Ausschuss für Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung

am 18.08.2014 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal II/III | Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr **Ende** 17:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Martin Wiggermann

Kreistagmitglieder SPD

Frau Dipl. Ing. Martina Eickhoff

Herr Jens Hebebrand anwesend bis 17.25 Uhr

Frau Christine Hupe

Herr Dirk Kolar anwesend bis 17.30 Uhr

Frau Ursula Lindstedt

Sachkundige Bürger/innen SPD

Herr Siegfried Pogadl

Herr Klaus-Peter Winkler

Kreistagmitglieder CDU

Herr Wilhelm Jasperneite

Herr Jan-Eike Kersting

Frau Gabriele Richter

Sachkundige Bürger/innen CDU

Herr Stephan Wehmeier

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Hans-Ulrich Bangert

Herr Jochen Nadolski-Voigt

Kreistagmitglieder Linksfraktion

Herr Werner Sell

Sachkundige Bürger/innen GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Markus Werthebach

Kreistagmitglieder FW

Herr Helmut Stalz

Gäste

Herr Uwe Ringelsiep, Geschäftsführer Jobcenter Kreis Unna

Verwaltung
Herr Rüdiger Sparbrod, Dezernent
Herr Norbert Diekmännken, Fachbereichsleiter
Frau Birgit Scholz, Schriftführerin

Herr Wiggermann begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Es sei durchaus bekannt, dass der Kreis Unna strukturschwach sei, so Herr Wiggermann. Es existiere eine hohe Anzahl Langzeitarbeitsloser sowie zu wenig und zu schlecht bezahlte Arbeitsplätze. Es gebe im Jobcenter, in der Wirtschaftsförderung sowie in anderen Organisationen weniger starke Strukturen und diese könne man, eventuell auf eine andere Weise als bisher, durch diesen Ausschuss begleiten und mehr Synergien erzeugen. Neben den Pflichtthemen könne die Themenauswahl auch frei gestaltet werden und alle Mitglieder seien zur Beteiligung aufgerufen. Herr Wiggermann betont, dass andere Arbeitsmarktpartner auch einbezogen und bei Bedarf entsprechend eingeladen würden. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

Punkt 1	Bestellung einer Schriftführerin und deren Stellvertreterin für den Ausschuss für Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung
Punkt 2	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
Punkt 3	Abschlussbericht Interne Beratung SGB II zur Entwicklung der Kosten der Unterkunft und Heizung im Jobcenter Kreis Unna; Bericht Herr Kirchner, Leiter Interne Beratung SGB II - Bundesagentur Servicehaus/Stützpunkt West
Punkt 4	Aktuelle Informationen aus dem Jobcenter Kreis Unna
Punkt 5	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

Punkt 6	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 **Bestellung einer Schriftführerin und deren Stellvertreterin für den Ausschuss für Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung**

Beschluss
Auf Vorschlag des Landrates wird als Schriftführerin Frau Birgit Scholz und als deren Stellvertreterin Frau Ingelore Klemp bestellt.

Abstimmungsergebnis
einstimmig beschlossen

Punkt 2 **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 3 **Abschlussbericht Interne Beratung SGB II zur Entwicklung der Kosten der Unterkunft und Heizung im Jobcenter Kreis Unna;**
Bericht Herr Kirchner, Leiter Interne Beratung SGB II - Bundesagentur Servicehaus/Stützpunkt West

Erörterung
Herr Wiggermann führt aus, dass der Kreistag im vergangenen Jahr einen einstimmigen Beschluss auf den Weg gebracht hätte. Es solle überlegt werden, wie die Arbeit des Jobcenters anders gestaltet werden könne. Die Trägerversammlung hätte daraufhin die Durchführung einer Untersuchung beschlossen, inwieweit sich die Kosten der Unterkunft durch bestimmte Faktoren beeinflussen ließen.

Herr Nadolski-Voigt (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) wünsche sich eine Zusendung der Unterlagen, wie zum Beispiel den Bericht zu diesem Punkt, vor einer Ausschusssitzung, insbesondere bei derartig brisanten Themengebieten.
Herr Wiggermann sagt zu, dass er die Anregung aufnehmen und berücksichtigen werde.

Herr Kirchner von der Bundesagentur für Arbeit, Interne Beratung SGB II, Stützpunkt West – Standort Düsseldorf, berichtet anhand einer Folienpräsentation. Diese wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Wiggermann teilt mit, dass sich die Kostensteigerung in Höhe von 1,3 Prozent im Ennepe-Ruhr-Kreis deutlich von den anderen Bereichen absetze (Folie 7). Dort müsse eine Besonderheit vorliegen und er fragt nach, ob Herr Kirchner diesbezüglich Auskünfte geben könne.
Herr Kirchner antwortet, dass der Ennepe-Ruhr-Kreis wirtschaftlich stärker sei und ein höheres Lohnniveau hätte. Der Ennepe-Ruhr-Kreis fiele immer etwas aus dem Rahmen bei diesen Betrachtungen. Er setzt seinen Bericht fort.

Auf Nachfrage von Herrn Nadolski-Voigt teilt Herr Kirchner mit, dass sich die Nachhaltigkeit von Integrationen nicht messen ließe, dazu gebe es auch keine Statistik.

Herr Stalz merkt diesbezüglich an, dass die Problematik, die sich bereits seit langer Zeit im Kreis Unna darstelle, die sei, dass gute Vermittlungs- bzw. Integrationsergebnisse pro Person erzielt würden, aber man im Endeffekt nicht aus dem Kreis herauskäme. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften stagniere seit Jahren bei 19.000 bis 20.000. Der überwiegende Teil der Integrationen käme wieder zurück, weil nach ein bis drei Jahren keine Beschäftigung mehr vorläge. Hier müsse versucht werden, die Ansätze anders zu gestalten, entweder durch Qualifikationen der entsprechenden Bewerber, aber auch über die Regionen hinauszugehen, auch im Bereich der Ausbildungsplätze. Zum Beispiel aus Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz höre man, wie schnell Bewerber auf dem Arbeitsmarkt integriert würden.

Herr Kirchner führt aus, dass eine gute Beratung und Betreuung von großer Bedeutung sei. Das Jobcenter Kreis Unna habe im Budget einen hohen Anteil für Qualifizierungsmaßnahmen und sei somit auf einem guten Weg.

Herr Ringelsiep ergänzt, dass es ein bundesweites Problem sei, diese biometrischen Daten nicht abbilden zu können. Die Anzahl der Integrationen sage nichts über die Dauer aus und man könne nur über eine Einzelfallauswertung eine Statistik erstellen. Zukünftig solle die Nachhaltigkeit gesteigert werden. Es solle zum Zeitpunkt der Unzuständigkeit die nachgehende Betreuung intensiviert werden, speziell im Bereich der Jugendlichen. Hierdurch könne eine längerfristige Gestaltung von Beschäftigungen erreicht werden. Herr Ringelsiep weist darauf hin, dass ein Drittel der Integrationen in dieser Region im Bereich der Zeitarbeitsbranche erfolge. Im Kreis Unna sei diese Branche unterschiedlich aufgestellt. Es gebe Zeitarbeitsfirmen, die wie „normale“ Arbeitgeber funktionierten, aber es gebe auch Firmen, die für einen bestimmten Auftrag einstellen würden. Hier sei bereits am ersten Tag klar, dass es nach Ablauf des Auftrages zu einer Entlassung komme. Das Jobcenter könne hier keinen Einfluss nehmen und die nachgehende Betreuung bringe an dieser Stelle nichts.

Herr Wiggermann hält abschließend fest, dass die Kreispolitik großen Wert darauf lege, dass Nachhaltigkeit geschehe und er aufgrund dessen die Thematik mit in die Trägerversammlung nehmen werde.
Herr Kirchner führt seinen Bericht fort.

Herr Sparbrod möchte wissen, ob es im Falle einer sinnvollen Umsetzung der Begleitung in den Schulen - frühe Einbeziehung der Jugendlichen - genügend personelle Ressourcen gebe. Er denke dabei nicht nur an das Jobcenter sondern auch an die Bundesagentur für Arbeit.
Herr Kirchner antwortet, dass bei den ihm bekannten Beispielen ein gemeinschaftlicher Akt vorgelegen hätte. Dort sei neben dem Jobcenter und der Bundesagentur auch die Schule selber beteiligt gewesen. Es funktioniere nach seiner Ansicht auch nur gemeinschaftlich.

Auf Anmerkungen aus dem Ausschuss teilt Herr Ringelsiep mit, dass die Jugendarbeitslosigkeit bereits intensiv bekämpft würde und dies bisher auch sehr erfolgreich gewesen sei. Gemeinsam mit dem Landrat Herrn Makiolla solle ein Konzept „Verzahntes Arbeiten mit allen Beteiligten“ erstellt werden. Es hätte bereits erste Gespräche mit der Arbeitgeberseite gegeben. Im Arbeitsmarktprogramm 2015 solle die Jugendarbeitslosigkeit und deren Bekämpfung in den Mittelpunkt gestellt werden.
Herr Sparbrod ergänzt, dass es in der Verwaltung bereits einen Arbeitskreis „Übergang Schule – Beruf“ gebe, auch hier würde das Jobcenter sowie die Arbeitsagentur einbezogen. Die Diskussion, wie es mit der Schulsozialarbeit weiterginge, sei wichtig.
Herr Kirchner setzt seinen Bericht fort.

Herr Sparbrod führt aus, dass die Diskussion aufgetreten sei, ob eigener Arbeitgeberservice des Jobcenters oder gemeinsamer Arbeitgeberservice Jobcenter und Arbeitsagentur. Herr Sparbrod möchte von Herrn Kirchner wissen, wie andere das geregelt hätten.
Herr Kirchner antwortet, dass man das nicht pauschal sagen könnte, es gebe viele verschiedene Lösungen in den Jobcentern. Einige hätten einen gemeinsamen, aber einige eben auch einen eigenen Arbeitgeberservice. Auf eine Variante könne man sich hier nicht direkt festlegen.
Herr Ringelsiep ergänzt, dass für Herbst 2014 eine weitere Optimierungsmaßnahme geplant sei und zwar sollen alle Mitarbeiter, einschließlich der Führungskräfte, ihre Zusammenarbeit in der gesamten Fläche professionalisieren.
Herr Kirchner erörtert, dass festgestellt worden sei, dass im Jobcenter Kreis Unna an den Prozessen kontinuierlich aktiv weitergearbeitet werde. Im Vergleich mit anderen Jobcentern sei es eben auch nicht normal, dass dies so gut funktioniere. Herr Kirchner führt seinen Bericht fort.

Frau Richter (CDU-Fraktion) fragt nach, ob es eine Zusammenarbeit mit anderen Jobcentern bzw. Agenturen gebe. Könnte zum Beispiel jemand aus Unna nach Münster geschickt werden, wenn es dort ein entsprechendes Angebot gebe? Des Weiteren möchte sie wissen, ob bei den angeführten gemeinsamen Workshops (Seite 26) datenschutzrechtliche Probleme bestünden.
Herr Ringelsiep antwortet, dass es bereits eine bundesweite Datenbasis gebe und die Jobcenter und Agenturen darauf zugreifen könnten. Workshops seien gut, denn Mitarbeiter würden aktiv beteiligt. Es gebe sehr viele Schnittstellen zwischen der Agentur und dem Jobcenter, die gemeinsam bearbeitet werden müssten. Intention sei, dass sich die, die an einem Personenkreis arbeiten, untereinander verständigen, wie man mit bestimmten Dingen umginge. Zum Beispiel im Bereich der Jugendlichen sei es nicht die Aufgabe des Jobcenters, in den Schulen Berufsorientierung durchzuführen. Hier sei dann aber trotzdem eine Abstimmung mit der Agentur erforderlich, ebenso bei der Thematik der Berufsberatung. Es gebe selbstverständlich auch einen Datenschutz. Beim Weiterleiten von Sozialdaten, an zum Beispiel Jugendämter, müsse das über Einverständniserklärungen geregelt werden.
Herr Sparbrod führt zur Thematik der Zusammenarbeit aus, dass es im Kreis Unna im Bereich der Schuldnerberatung ausgezeichnete Kapazitäten gebe. Aber es sei festgestellt worden, dass nur wenige Kunden durch das Jobcenter geschickt würden. Hierüber sei gesprochen worden und das Jobcenter hätte dies entsprechend umgesetzt.

Frau Lindstedt (SPD-Fraktion) dankt Herrn Kirchner für seinen Vortrag und spricht Herrn Ringelsiep für das Jobcenter Kreis Unna Anerkennung aus. Man befände sich auf einem guten Weg und dieser würde auch weiterhin begleitet.

Herr Nadolski-Voigt fragt nach, ob eine Messbarkeit derjenigen möglich sei, die vom SGB III in das SGB II wechselten.
Herr Sparbrod antwortet, dass diese Daten in dem monatlichen Controllingbericht dargestellt würden und Herr Ringelsiep ergänzt, dass keine Auffälligkeiten vorlägen.

Punkt 4 Aktuelle Informationen aus dem Jobcenter Kreis Unna

Erörterung
Das Jobcenter habe den Beschluss des Kreistages aus dem letzten Jahr umgesetzt, so Herr Ringelsiep. Das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2015 stünde in den Startlöchern. Die Vorbereitungen zum Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm liefen wie folgt: In der Vergangenheit habe der Beirat einen Arbeitskreis

gebildet und sich gemeinsam mit der Verwaltung des Jobcenters auf Schwerpunkte geeinigt. Er gehe davon aus, dass der neue Beirat genauso handeln werde. Idealerweise kämen dann die Geschäftsführung des Jobcenters und die Mitglieder des Beirates zu einer übereinstimmenden Vorgehensweise. Daraufhin würde der Beirat das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm der Trägerversammlung zur Beschlussfassung empfehlen und die Trägerversammlung fasse dann letztendlich den Beschluss. Das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm sei abhängig vom Bundeshaushalt und daher habe das Jobcenter erst im August 2014 die entsprechenden Mittel für 2014 erhalten. Das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2014 hätte ohne nennenswerte Restriktionen umgesetzt werden können.
Die Zielerwartungen des Bundes hätte das Jobcenter bisher, mit einer Ausnahme, erfüllt. Unterhalb der Erwartungswerte des Bundes läge eine Kostensteigerung nur bei den Bundeskosten und zwar deutlich unterhalb der 5,2 Prozent-Quote vor.
Die Kosten der Unterkunft würden von Jahr zu Jahr weiterhin ansteigen und zurzeit würden alle, der Kreis sowie das Jobcenter, gemeinsam daran arbeiten. Dies mache allerdings nur den Grad der Steigerung aus, der Kostenanstieg bliebe. Die bereits erwähnte Ausnahme bei den Zielerwartungen des Bundes sei der Langzeitbezug. Hier läge zurzeit eine Steigerung von 0,5 / 0,6 Prozent vor. Nur in wenigen Fällen könnte mit einer Integration ein Fallabschluss erreicht werden. Weniger als jede/r fünfte Leistungsbezieher/in die/der in Arbeit gebracht würde, verdiene so viel, dass sie/er aus dem Leistungsbezug heraus fiele.
Die ersten Negativ-Prognosen, die gemeinsam entwickelt worden seien, würden voraussichtlich zum Jahresende unterschritten. Die Rate der Jugendarbeitslosigkeit sollte um 7,5 Prozent gesenkt werden, dieses Ziel sei erreicht worden, man liege deutlich über dieser Zahl. Auch die Zahl der arbeitslosen Alleinerziehenden sei um fünf Prozent gesunken. Bei den Leistungsempfängern gebe es allerdings keine Senkung, sondern dort gebe es eine Steigerung. Dazu käme es, wenn zum Beispiel jemand von seinem Partner verlassen würde oder ein uneheliches Kind hinzu käme. In den seltensten Fällen gelinge ein Fallabschluss, weil eben nicht genug verdient würde.

Herr Ringelsiep berichtet, dass es aktuell im Jobcenter in Lünen einen Bedrohungsfall gegeben hätte. Dahinter stecke eine tragische Geschichte, ein Kunde des Jobcenters habe sich das Leben genommen. In Kürze solle diesbezüglich ein klärendes Gespräch mit den Angehörigen stattfinden. Durch das Jobcenter würden viele belastende Verwaltungsakte erstellt und dies führe zu Konflikten, es käme auch immer wieder nicht nur zu verständlichen Reaktionen. An zwei Standorten komme ein Sicherheitsdienst zum Einsatz, alle Sicherheitsmaßnahmen würden mit der Polizei abgestimmt.

Abschließend teilt Herr Ringelsiep mit, dass die Bürgerarbeit in Kürze ausliefe und es gebe keine neuen Pläne. In vielen Fällen der Bürgerarbeit hätten Anschlussmöglichkeiten realisiert werden können, aber man gelange an Finanzierungsgrenzen. Die höchstmögliche Förderung eines Jobcenters läge aktuell bei 75 Prozent. Die fehlenden 25 Prozent müssten irgendwie aufgebracht werden. Bei Bedarf gebe er diesbezüglich gerne nähere Informationen weiter.

Auf Nachfrage von Herrn Nadolski-Voigt antwortet Herr Ringelsiep, dass die Frist zur Antragstellung „Wirtschaft inklusiv“ von Oktober bis Dezember liefe.

Herr Wiggermann spricht sich dafür aus, dass das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm vor der Beschlussfassung in diesem Ausschuss beraten werden solle, damit die politische Willensbildung in dieser Richtung erfolgen kann.
Herr Jasperneite halte, gerade bei einer politischen Diskussion dieses Themas und einer Vorberatung in diesem Ausschuss, eine Weiterleitung in den Kreisausschuss bzw. den Kreistag für sinnvoll.

Auf Nachfrage von Herrn Bangert teilt Herr Ringelsiep mit, dass für Aufstocker spezielle Maßnahmen vorhanden seien. Es gebe ganze Branchen, in denen sich der Verdienst, annähernd dem Mindestlohn, bei 8,50 Euro bewege. Unter anderem würden bereits seit Jahren flächendeckend Qualifizierungsmodule angeboten. Da es sich aber um unterschiedliche Fallgestaltungen handele, seien auch vielfältige Maßnahmen erforderlich. Dazu könne er heute auch keine näheren Auskünfte geben, es würde den Rahmen dieser Sitzung sprengen.

Punkt 5 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Anfrage zur Thematik der Jugendarbeitslosigkeit

Herr Stalz führt aus, dass daran gearbeitet werde, gemeinsam mit den Schulen die Jugendarbeitslosigkeit einzudämmen. Er fragt nach, ob hierzu statistische Daten vorlägen und diese zur Verfügung gestellt werden könnten.

Herr Sparbrod antwortet, dass die Zuständigkeit im Dezernat von Herrn Dr. Timpe liege und er somit zunächst mit ihm Rücksprache halten möchte.

Herr Wiggermann ergänzt, dass er sich zu dieser Thematik eine gemeinsame Sitzung der Ausschüsse Bildung und Kultur sowie Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung vorstellen könne.

Anlage

Folienpräsentation “Analyse der Einflussfaktoren auf die Kosten der Unterkunft des Jobcenters Kreis Unna” – Bericht Herr Kirchner

gez. Martin Wiggermann
Vorsitzender

gez. Birgit Scholz
Schriftführerin